

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Anti-Gewalttag 2018

Frei Leben ohne Gewalt

Pünktlich zum diesjährigen Anti-Gewalttag am 25. November veröffentlichte das Bundeskriminalamt die neusten, erschreckenden Zahlen der angezeigten Fälle erlebter Partnergewalt: Demnach werde statistisch gesehen jeden zweiten bis dritten Tag in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Sieben Frauen pro Tag werden vom Partner vergewaltigt oder sexuell genötigt. Insgesamt wurden beim BKA im vergangenen Jahr fast 140.000 Fälle von Gewalt in Beziehungen registriert. Vier von fünf Opfern sind weiblich.

„Diese Zahlen bestätigen erneut, was den Gründerinnen der Frauenhäuser schon vor über 40 Jahren bekannt war, von der Öffentlichkeit damals jedoch weitgehend negiert und als „Privatsache“ abgetan wurde“, resümiert Gabriele Penzkofer-Röhl, die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion und eine der Gründerinnen des Nürnberger Frauenhauses. „Obwohl ich das ganze Ausmaß und die Bandbreite häuslicher Gewalt kenne, erschüttern mich diese Zahlen jedes Mal aufs Neue“, bekennt Penzkofer-Röhl.

Sie konstatiert: „Seit damals die ersten Frauenhäuser ihre Türen öffneten, um von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihren Kindern Zuflucht, Schutz und Unterstützung auf dem Weg in ein gewaltfreies Leben zu bieten, hat sich viel für die Gewaltbetroffenen getan: das Thema hat seinen Platz in der öffentlichen Diskussion gefunden und es gibt inzwischen rechtliche Möglichkeiten gegen Partnergewalt vorzugehen. Aber das reicht bei Weitem nicht aus. Wir brauchen dringend den flächendeckenden Ausbau des Unterstützungssystems – nicht nur mehr Frauenhausplätze, sondern auch barrierefreien Zugang für Frauen mit Behinderungen, die in besonderer Weise von häuslicher Gewalt betroffen sind und Zufluchtsmöglichkeiten für Frauen mit älteren Söhnen, da diese bislang nicht im Frauenhaus untergebracht werden können.“

Die Tatsache, dass die Gewalt in all den Jahren nicht ab, sondern eher noch zugenommen hat, treibt die Frauenpolitikerin um. Sie fordert weitere Maßnahmen, die über das klassische Hilfesystem hinausgehen. Neben der erforderlichen Täterarbeit setzt sie auf Prävention: „Um Mädchen zu schützen und zu stärken, damit sie nicht später Opfer werden, und Jungen zu sensibilisieren, damit sie nicht später Täter häuslicher Gewalt werden, sind spezifische Präventionsprogramme an Schulen zu Partnergewalt dringend erforderlich. Das Nürnberger Frauenhaus führt diese derzeit ohne öffentliche Mittel spendenbezuschusst durch“.

Penzkofer-Röhl begrüßt daher ausdrücklich die Arbeit des Runden Tisches des Familienministeriums zum Ausbau des Unterstützungssystems und die dafür von der Ministerin Franziska Giffey in Aussicht gestellten 35 Millionen Euro.

Sie sieht aber auch die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht, die bislang die Kommunen weitestgehend auf den Kosten sitzen lässt: „Zwar wurden hier die Fördermittel im vergangenen Jahr erhöht und weitere Erhöhungen angekündigt, im

Koalitionsvertrag findet dies jedoch bei der Familienpolitik keinerlei Erwähnung, ein sozial- und frauenpolitisches Armutszeugnis“, so Gabriele Penzkofer-Röhl.

Nürnberg, 21. November 2018